N i e d e r s c h r i f t

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 14.11.2018 im Ratssaal des Friedrichsbaus, Bühl, Friedrichstraße 2,

Sitzungsdauer: 18:00 Uhr bis 20:15 Uhr

- - - - - - -

Anwesend sind:

Vorsitzender
Oberbürgermeister Hubert Schnurr

Gremiumsmitglied
Stadträtin Barbara Becker
Stadtrat Bernd Broß
Stadträtin Dr. Margret Burget-Behm
Stadtrat Prof. Dr. Karl Ehinger
Stadtrat Franz Fallert
Stadtrat Timo Gretz
Stadtrat Peter Hirn
Stadtrat Lutz Jäckel
Stadtrat Hans-Jürgen Jacobs
Stadtrat Ludwig Löschner
Stadtrat Manfred Müller
Stadtrat Ulrich Nagel
Stadtrat Hubert Oberle
Stadtrat Walter Seifermann
Stadtrat Peter Teichmann
Stadtrat Johannes van Daalen
Stadtrat Thomas Wäldele
Stadträtin Dr. Claudia Wendenburg
Stadtrat Jörg Woytal
Stadtrat Norbert Zeller
Stadträtin Yvonne Zick

Ortsvorsteher
Ortsverwaltung Neusatz, Wolfgang Bohnert
Ortsverwaltung Altschweier, Manfred Müller
Ortsverwaltung Vimbuch, Manuel Royal

Verwaltung
Finanzen, Johanna Balaskas
Bildung-Kultur-Generationen, Klaus Dürk
Stadtentwicklung, Bauen, Immobilien,
Wolfgang Eller
Personal und Organisation, Daniel Bauer
Beteiligungsmanagement, Jörg Zimmer
Pressesprecher, Matthias Buschert
Revision, Thomas Bauer
Rechts- und Ausländerwesen,
Elisabeth Beerens
Zentrale Dienste, Reinhard Renner

Projektsteuerung und Administration,
Daniel Back
Haushalt und Controlling, Nicole Dahringer
Stadtentwicklung, Ulrike Kiewitt
Grundstücksmanagement, Andrea Schubert
Tiefbau-Bauhof-Grünflächen,
Wolfgang Schuchter
Grundstücksmanagement, Bernd Übelin
Hochbau und Gebäudemanagement,
Eckhard Vandersee
Zentrale Dienste, Marc Vollmer

Gäste	Dipl.-Ingenieur Franz Carlo Lehmann, Ingenieurbüro Conceptplan4; zu TOP 7 anwesend
Zuhörer/innen	16
Pressevertreter	4

<u>Entschuldigt fehlen:</u>

Gremiumsmitglied
Stadtrat Stefan Böckeler
Stadtrat Daniel Fritz
Stadtrat Patric Kohler
Stadträtin Heidrun Zeus
Stadträtin Ursula Zink-Ohnemus

Tagesordnung

1. Bürgerfragestunde

2. Bekanntgabe des in der nichtöffentlichen Verwaltungsausschusssitzung vom 17.10.2018 gefassten Beschlusses

3. Bekanntgabe des in der nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung vom 17.10.2018 gefassten Beschlusses

4. Mitgliedschaft im Gemeinderat; Ausscheiden von Stadtrat Stefan Böckeler

5. Mitgliedschaft im Gemeinderat; Nachrücken von Herrn Alfred Veith

6. 2. Finanzbericht 2018 des Oberbürgermeisters;
   Einbringung des Nachtragshaushaltsplans 2018 und des Nachtragswirtschaftsplans für den Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung 2018

7. Umbau des Tennenplatzes (Hartplatzes) VfB Bühl e.V. in einen Kunstrasenplatz
   - Grundsatzbeschluss
   - Vergabe der Ingenieurleistungen

8. „Wohnungsbau für alle – Sozialer Wohnungsbau“ als Ziel im Rahmen des Bühl-2025-Prozesses;
   Vorstellung der Ergebnisse aus der Wohnungsbedarfsprognose für die Stadt Bühl

9. „Wohnungsbau für alle – Sozialer Wohnungsbau“ als Ziel im Rahmen des Bühl-2025-Prozesses;
   Vorstellung des Wohnungsbaukonzepts für die Stadt Bühl

10. „Wohnungsbau für alle – Sozialer Wohnungsbau“ als Ziel im Rahmen des Bühl-2025-Prozesses;
    Vorstellung des Projektes „Vermittlung von privaten Wohnungen“

11. Feststellung des Jahresabschlusses 2012 der Stadt Bühl

12. Feststellung des Jahresabschlusses 2013 der Stadt Bühl

13. Befreiung des Oberbürgermeisters vom Mehrfachvertretungsverbot nach § 181 BGB bei Grundstücksgeschäften

14. Berichte und Anfragen

Oberbürgermeister Schnurr eröffnet die Sitzung und stellt die entschuldigten Mitglieder sowie die Beschlussfähigkeit des Gemeinderates fest.

TOP 1: Bürgerfragestunde

Eine Bürgerin fragt nach dem Grund, warum bei der Bürgerbeteiligung am 5. November zum Thema Campus Bühl keine Diskussion stattgefunden hat, obwohl dies im Programmablauf vorgesehen war, da Bürgerinnen und Bürger Alternativen zum Mensabau ausgearbeitet hatten.

Oberbürgermeister Schnurr bietet eine weitere Gesprächsrunde mit der Verwaltung zu diesem Thema an, um über diese Alternativen zu reden.

Herr Frietsch fragt, wohin die Vorschläge und Anregungen der Bürgerbeteiligung zum Campus hingehen und wer diese bearbeitet.

Oberbürgermeister Schnurr antwortet, dass im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens die Möglichkeit besteht Anregungen vorzubringen, die Offenlage läuft bis zum 16. November 2018. Diese Vorschläge werden von der Verwaltung aufgearbeitet und dann wieder dem Gemeinderat vorgelegt. Darüber hinaus verweist Oberbürgermeister Schnurr auf die beiden vergangenen Bürgerbeteiligungen in diesem Jahr, bei denen es auch um die Gestaltung der Freiräume ging. Auch diese Vorschläge werden zunächst von der Verwaltung aufgearbeitet und dann nochmals mit der Bürgerschaft diskutiert und dem Gemeinderat vorgelegt. Als Kontaktstelle gibt Herr Oberbürgermeister Schnurr das Sachgebiet Stadtplanung an.

Herr Flößer fragt in diesem Zusammenhang an, ob eine Aufstockung der Carl-Netter-Realschule geprüft und dies im Gemeinderat diskutiert worden ist.

Oberbürgermeister Schnurr bestätigt dies und berichtet, dass eine Aufstockung nicht machbar ist. Die Aufstockung wurde im Rahmen des Architektenwettbewerbs geprüft, bei dem auch Vertreter der Gemeinderatsfraktionen eingebunden waren. Ein eindeutiges Gutachten eines Statikers liegt hierzu vor.

Herr Späth fragt nach ausreichenden Prüfungen von Alternativstandorten zum Mensabau auf dem Campusgelände, z. B. Vorplatz vor „Takko“, Platz nördlich der Mediathek.

Oberbürgermeister Schnurr antwortet, dass hierzu ein städtebaulicher Wettbewerb stattgefunden hat, bei dem man sich auf diesen Standort geeinigt hat. Er geht davon aus, dass die Alternativstandorte im Rahmen der Offenlage des Bebauungsplans vorgeschlagen wurden. Die Verwaltung wird die Standorte argumentativ prüfen. Dieses Ergebnis wird dem Gemeinderat zur Entscheidung vorgelegt werden.

TOP 2: Bekanntgabe des in der nichtöffentlichen Verwaltungsausschusssitzung vom 17.10.2018 gefassten Beschlusses

Oberbürgermeister Schnurr gibt den in der nichtöffentlichen Verwaltungsausschusssitzung vom 17.10.2018 gefassten Beschluss (TOP 1) bekannt.

TOP 3: Bekanntgabe des in der nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung vom 17.10.2018 gefassten Beschlusses

Oberbürgermeister Schnurr gibt den in der nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung vom 17.10.2018 gefassten Beschluss (TOP 1) bekannt.

TOP 4: Mitgliedschaft im Gemeinderat; Ausscheiden von Stadtrat Stefan Böckeler

Oberbürgermeister Schnurr berichtet, dass Stadtrat Böckeler am 8. Oktober 2018 um sein Ausscheiden aus dem Gemeinderat gebeten hat.

Beschluss:
Der Gemeinderat stellt fest, dass für das Ausscheiden von Stadtrat Stefan Böckeler wichtige Gründe gemäß § 16 Abs. 1 der Gemeindeordnung vorliegen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss (22 Ja-Stimmen)

TOP 5: Mitgliedschaft im Gemeinderat; Nachrücken von Herrn Alfred Veith

Oberbürgermeister Schnurr begrüßt unter den anwesenden Zuhörerinnen und Zuhörern Herrn Alfred Veith.

Beschluss:
Der Gemeinderat stellt nach § 29 Abs. 5 der Gemeindeordnung fest, dass bei Herrn Alfred Veith kein Hinderungsgrund nach § 29 Abs. 1 bis 4 der Gemeindeordnung vorliegt und er somit in den Gemeinderat nachrücken kann.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss (22 Ja-Stimmen)

TOP 6: 2. Finanzbericht 2018 des Oberbürgermeisters; Einbringung des Nachtragshaushaltsplans 2018 und des Nachtragswirtschaftsplans für den Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung 2018

Oberbürgermeister Schnurr erläutert die wichtigen Eckpunkte der Vorlage und bringt mit dem 2. Finanzbericht den Nachtragshaushaltsplan 2018 und den Nachtragswirtschaftsplan für den Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung 2018 ein.

Der 2. Finanzbericht ist als Anlage dieser Niederschrift beigefügt.

Beschluss: Der Gemeinderat nimmt Kenntnis.

TOP 7: Umbau des Tennenplatzes (Hartplatzes) VfB Bühl e.V. in einen Kunstrasenplatz
- Grundsatzbeschluss
- Vergabe der Ingenieurleistungen

Stadtrat Broß wirkt auf Grund Befangenheit bei der Beratung und Beschlussfassung über diesen Tagesordnungspunkt nicht mit.

Oberbürgermeister Schnurr begrüßt Herrn Dipl.-Ingenieur Franz Carlo Lehmann vom Ingenieurbüro Conceptplan4 und verweist außerdem auf die ausliegende Vorlage „Umwelt- und Humanverträglichkeit“ von solchen Sportplätzen. Er erinnert an das neue Sportprofil am Windeck-Gymnasium und damit an den Umstand, dass der neue Tennenplatz neben dem Vereinssport auch den Schulen zur Verfügung stehen wird. Er sieht dies als eine gute Investition in die Jugend sowohl im Schul- als auch im Vereinsbetrieb.

Stadtrat Hirn begrüßt es, dass der Umbau jetzt kommt, nicht zuletzt beschleunigt durch das neue Sportprofil am Windeck-Gymnasium. Die jetzige Generation der Kunstrasenplätze ist hochwertig und weit gereift und sieht alles auf dem neuesten Stand. Die Zugangsmöglichkeit seitens der Schwarzwaldhalle für Schüler sieht er als gut gelungen, so ist der VfB Bühl damit nicht belastet. Der VfB hat ein zusätzliches Spielfeld, die Schülerinnen und Schüler eine Freifläche, die vielseitig genutzt werden kann. So profitieren alle.

Stadträtin Dr. Burget-Behm berichtet von einer langen Diskussion in der Fraktion und von drei Fragen, die dabei aufgetreten sind. Die Kosten für den Sportplatz sieht sie als hoch an. Sie fragt nach dem Abschnitt b) des Beschlussvorschlags sowie nach der Gesundheitsschädlichkeit des Kunstrasens und der Nachhaltigkeit. Diese Frage der Gesundheitsschädlichkeit sieht sie jedoch aufgrund der Tischvorlage als geklärt an. Besser ist allerdings immer ein echter Rasenplatz. Verglichen wird hier allerdings ein Hartplatz mit einem Kunstrasen und daher sieht sie den Unterschied in der Nachhaltigkeit als nicht so groß an. Nach Abwägung aller Für und Wider stimmt die Fraktion vor allem aufgrund der Doppelnutzung Schule/Sportverein dem Beschlussvorschlag zu. Die Unterhaltskosten pro Jahr sieht sie als hoch an.

Oberbürgermeister Schnurr antwortet, dass sich Punkt b) auf die Verkehrssicherungspflicht bezieht und die zeitliche Regelung. Die Unterhaltung ist Sache der Stadt vor allem wegen der schulischen Nutzung.

Auf entsprechende Nachfrage von Stadträtin Dr. Burget-Behm antwortet Herr Eller, Stadtentwicklung – Bauen – Immobilien, dass der Sportbund nur fördert, wenn ein Verein selbst eine Sportanlage baut. Die Förderung durch das Regierungspräsidium bewegt sich allerdings im identischen Rahmen.

Stadtrat Woytal erinnert an den Beschluss zum Sportprofil am Windeck-Gymnasium, der auch ein geeignetes Sportgelände bedingt. Der Trainings-, Spiel und Schulbetrieb wird für alle Beteiligten enorm verbessert. Die Risiken für Verletzungen ist am Kunstrasenplatz auch minimiert. Er bittet um umgehende Stellung des Förderantrags und sichert die Zustimmung der FW-Fraktion zu.

Herr Dürk, Bildung – Kultur – Generationen, ergänzt, dass der Platz neben dem Windeck-Gymnasium auch den anderen Schulen zur Verfügung steht.

Stadtrat Gretz erinnert daran, dass neben den Schulen und dem VfB auch alle weiteren Fußballvereine von dem neuen Platz profitieren. Er sieht das Projekt deshalb als richtungsweisend an.

Stadtrat Jäckel sieht das Vorhaben als Pilotprojekt an. Entscheidend ist, dass die Schulen

den Schwerpunkt haben und die Vereine davon profitieren. Er sichert die Zustimmung der FDP-Fraktion zu.

Für die GAL-Fraktion signalisiert Stadtrat Seifermann die Zustimmung zum Beschlussvorschlag. Er sieht nach diesem Beschluss weitere Wünsche nach Kunstrasenplätzen auf die Stadt zukommen und verweist auf die Unterhaltungskosten. Er fragt nach der Haltbarkeit des Rasens.

Herr Lehmann, Ingenieurbüro Conceptplan4, erläutert, dass die Lebensdauer von der Kunstrasenbelagsschicht auf 20 Jahre kalkuliert wird. Wichtig ist, dass die elastische Tragschicht darunter und die restlichen Baukosten, die damit verbunden sind, auf mindestens 40 Jahre ausgelegt sind. Es sollen generell zwei Generationen des Belages möglich sein und die Amortisation somit wesentlich interessanter. Er berichtigt die Unterhaltskosten auf 10.000 Euro pro Jahr. Die übrigen genannten Kosten sind Investitionskosten für Geräte.

Stadtrat Wäldele stellt die Einmaligkeit des Sportprofils Windeck-Gymnasium heraus und kann deshalb dem Beschlussvorschlag zustimmen.

Oberbürgermeister Schnurr ergänzt, dass bei einer Zusammenkunft aller Fußballvereine das Thema diskutiert wurde und es hat sich herausgestellt, dass der Platz durch die Schule begründet ist. Nach Abstimmung mit dem Hauptnutzer steht der Platz auch anderen Vereinen zur Verfügung.

Stadtrat Hirn gibt Stadtrat Wäldele hinsichtlich der Einmaligkeit recht. Hinsichtlich den Äußerungen von Stadträtin Dr. Burget-Behm und Stadtrat Seifermann bezüglich der Finanzierung des Kunstrasenplatzes erinnert er an den Bau des Neusatzer Sportplatzes.

Auf entsprechende Nachfrage von Stadträtin Dr. Burget-Behm berichtet Oberbürgermeister Schnurr, dass der Baumsaum gelichtet werden, kann um herabfallende Äste und Laubfall zu vermeiden.

Herr Lehmann ergänzt, dass eine ordentliche und sachgerechte Pflege eine Vermosung und weitere Nachteile vermeidet.

Beschluss:

Der Gemeinderat

a) beschließt den Umbau des Tennenplatzes, Hägenichstraße 2, in einen Kunstrasenplatz und stellt die erforderlichen Mittel im Haushaltsplan 2019 zur Verfügung,

b) beauftragt die Verwaltung eine entsprechende Nutzungsvereinbarung mit dem VfB Bühl e.V. auszuarbeiten und zu schließen,

c) beauftragt die Verwaltung mit dem Ingenieurbüro Conceptplan4, 76337 Waldbronn, einen Ingenieurvertrag auf Grundlage der HOAI für die restlichen Leistungsphasen zu schließen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss (21 Ja-Stimmen)

TOP 8: „Wohnungsbau für alle – Sozialer Wohnungsbau“ als Ziel im Rahmen des Bühl-2025-Prozesses;
Vorstellung der Ergebnisse aus der Wohnungsbedarfsprognose für die Stadt Bühl

Frau Kiewitt, Stadtentwicklung, stellt die Ergebnisse aus der Wohnungsbaubedarfsprognose vom Beratungsunternehmen „empirica ag“ für die Stadt Bühl vor.

Oberbürgermeister Schnurr erwähnt, dass kurzfristig 18 Hektar Fläche benötigt werden und es darum geht, diese Fläche umzusetzen.

Stadtrat Hirn sieht die Prognose als Leitfaden an, der die Stadt in der Wohnungsbaupolitik unterstützen kann. Er sieht Engpässe in allen Preisbereichen und deshalb muss man sich dem Instrument des Zwischenerwerbs bedienen. So können die Preise stabil bleiben. Das Thema Baulücken muss Vorrang haben vor allem anderen. Er ergänzt, dass es innerhalb der Stadt sehr viele Grünflächen gibt.

Oberbürgermeister Schnurr berichtet, dass 700 Baulücken in der Stadt vorhanden sind. Er sieht das Thema Innenverdichtung als sehr wichtig an. Im besiedelten Bereich der Stadt sind 8.000 städtische Bäume zu betreuen.

Stadtrat Prof. Dr. Ehinger hält es für wichtig bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Die Prognose gibt einen Überblick über die Vergangenheit und den Ist-Zustand des Wohnraumbedarfs. Das Kapitel 5 hält er für wichtig, da hier die Unsicherheiten der Prognose aufgeführt sind. Aufgrund dieser Unsicherheiten muss der Wohnungsmarkt genau beobachtet und nachgesteuert werden und es kann sich nicht strikt an die Prognose gehalten werden. Die Baulücken müssen geschlossen werden und entsprechend an die Eigentümer appelliert werden. Die Leerstände müssen vermindert werden und der Innenbereich verdichtet. Auch die Grünflächen müssen weiterhin sichergestellt werden, damit die Wohnqualität sich nicht verschlechtert. Erst zum Schluss soll in die Fläche gegangen werden und da müssen zunächst die im gültigen Flächennutzungsplan ausgewiesenen Bauerwartungsflächen angegangen werden und nicht darüber hinaus.

Oberbürgermeister Schnurr ergänzt, dass es schwer ist an private Baulücken heranzukommen, da niemand verpflichtet werden kann diese freizugeben, da es Privatbesitz ist. Bezüglich der Leerstände wird unter Tagesordnungspunkt zehn eine Erläuterung folgen und zum Thema Neuausweisung von Flächen muss man die im Flächennutzungsplan ausgewiesenen Flächen angehen. Allerdings benötigt ein Bebauungsplanverfahren Zeit.

Stadtrat Oberle sieht Nachholbedarf in allen Segmenten sowohl im Bereich Einfamilienhäuser als auch Doppel- und Reihenhäuser und im Geschosswohnungsbau. Bebauungspläne müssen vorangebracht werden und Baulücken geschlossen werden. Er zweifelt die vorgelegte Zahl der Baulücken ein Stück weit an, da nicht alles, was als Baulücke ausgewiesen ist, auch wirklich bebaubar ist. Prognosen sind immer Annahmen. Angenommen werden kann auf jedem Fall, dass aufgrund Wohlstands zusätzlicher Wohnraumbedarf pro Person mehr entsteht und dass aufgrund der prosperierenden Betriebe ein gewisser Bevölkerungszuwachs generiert wird. Wenn der Nachholbedarf nicht befriedigt werden kann, wird Wohnraum knapp und die Mietpreise steigen, die gegebenenfalls nicht mehr gezahlt werden können.

Stadtrat Seifermann sieht die Stadt eher am oberen Rand der Prognose stehen. Aus sozialen Gründen kann man sich der Wohnungsnot nicht verschließen, es muss was getan werden. Dies muss mit den umliegenden Kommunen gelöst werden. Er ist auch dafür Baulücken zu schließen und damit die Landschaft zu schonen. Ein Grünplan ist zwingend für die Stadt um strategisch vorzulegen, wo Grünflächen gewollt sind. Der Landschaftsverbrauch muss minimiert werden. Es muss sich um den sozialen Wohnungsbau gekümmert werden, dies muss auch quantifiziert werden. Bezüglich des Campus sieht er nach dem Prozess mehr Grün in

diesem Stadtteil als bisher.

In diesem Zusammenhang erinnert Oberbürgermeister Schnurr an das Projekt Klimopass, bei dem es um das Thema Verbesserung des Klimas durch Grünstruktur in der Stadt geht, und das städtebauliche Entwicklungskonzept als Grundlage für die Aufstellung des Regionalplanes. Hier sind noch genügend Reserveflächen auf der Gemarkung Bühl vorhanden, die noch nicht im Flächennutzungsplan verankert sind.

Stadtrat Jäckel sieht Engpässe in allen Preissegmenten und sieht das Wohnungsbaukonzept als hilfreiches Mittel, um verlässliche Zahlen und Prognosen für die Zukunft zu bekommen. Trotzdem birgt es Unsicherheiten, weshalb es wichtig ist, dass jährlich nachjustiert wird. Der Ausbau des strategischen Flächenmanagements in Verbindung mit dem Grünkonzept ist wichtig. Bei der Sicherung von bezahlbarem Wohnraum bietet sich eine Zusammenarbeit mit Genossenschaften an. Der Wohnraum für Arbeitskräfte ist eng verknüpft mit der wirtschaftlichen Entwicklung. Dies muss auch regional übergreifend geschehen.

Stadträtin Becker sieht einen großen Bedarf an bezahlbarem Wohnraum, eher mehr wie in der Prognose geschätzt. Bezüglich der Flächensuche muss man in die Höhe gehen und über Aufstockungen vorhandener Bauten nachdenken.

Auf die entsprechenden Äußerungen von Stadträtin Becker hin erinnert Oberbürgermeister Schnurr an die Diskussionen zu Bautätigkeiten im Bereich der Lessingstraße und im Gewerbegebiet Vimbuch. Hier stößt man an Grenzen, wo Bewohner und Eigentümer dies nicht haben wollen.

Stadträtin Dr. Burget-Behm möchte den Beschlussvorschlag ändern und die Wohnungsbauprognose nicht beschließen, sondern nur zur Kenntnis nehmen. Zum Thema Aufstockungen und Verdichten mahnt sie einen maßvollen Umgang an, auch die Verdichtung hat ihre Grenzen. Sie findet den Grünplan wichtig, er führt dazu, dass die doppelte Innenentwicklung verwirklicht werden kann.

Stadtrat Prof. Dr. Ehinger stimmt dem Vorschlag von Stadträtin Dr. Burget-Behm zu, ebenso dem Gedanken von Stadträtin Becker bezüglich dem Aufstocken vorhandener Bauten und der Erstellung eines Grünplans. Er entgegnet Stadtrat Oberle hinsichtlich der Wohnfläche pro Person.

Oberbürgermeister Schnurr weist darauf hin, dass die Grünplanung derzeit schon erstellt wird.

Stadträtin Becker unterstreicht die Wichtigkeit des Prinzips der doppelten Innenentwicklung. Sie stimmt Stadtrat Seifermann zu, dass sich verstärkt um den sozialen Wohnungsbau gekümmert werden muss.

Stadtrat Jäckel sieht keinen Grund den Beschlussvorschlag nur zur Kenntnis zu nehmen und nicht zu beschließen und sieht die Möglichkeit das Konzept trotzdem zukünftigen Entwicklungen anzupassen.

Stadtrat Nagel sieht den Wohnraumbedarf konkret in Bühl und nicht im Umland. Wer hier arbeitet, möchte hier wohnen und nicht im Umland. Es muss beispielsweise durch Abrundungssatzungen die Möglichkeit geschaffen werden, an Randgebieten neu bebaubares Gelände zu schaffen. Den Eigentümern muss dann auch eine Bauverpflichtung auferlegt werden.

Oberbürgermeister Schnurr sagt Stadtrat Nagel zu, die Machbarkeit der Bauverpflichtung zu prüfen.

Stadtrat Oberle erläutert den Änderungswunsch hinsichtlich des Beschlussvorschlags und formuliert ihn wie folgt: „Der Gemeinderat nimmt die Wohnungsbedarfsprognose vom Beratungsunternehmen „empirica ag“ vom 27. September 2018 zur Kenntnis und beschließt diese als Grundlage für weitere Vorgehen in der Wohnungsmarktpolitik heranzuziehen“.

Stadtrat Prof. Dr. Ehinger signalisiert die Zustimmung zum geänderten Beschlussvorschlag.

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt die Wohnungsbedarfsprognose vom Beratungsunternehmen „empirica ag“ vom 27. September 2018 zur Kenntnis und beschließt diese als Grundlage für weitere Vorgehen in der Wohnungsmarktpolitik heranzuziehen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss (22 Ja-Stimmen)

TOP 9: „Wohnungsbau für alle – Sozialer Wohnungsbau“ als Ziel im Rahmen des Bühl-2025-Prozesses;
Vorstellung des Wohnungsbaukonzepts für die Stadt Bühl

Oberbürgermeister Schnurr geht in seinen Erläuterungen zur Vorlage besonders auf das Vier-Säulen-Modell ein.

Beschluss:
Der Gemeinderat stimmt der Wohnungsbaukonzeption für die Stadt Bühl in Form des 4-Säulendiagramms zu.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss (22 Ja-Stimmen)

TOP 10: „Wohnungsbau für alle – Sozialer Wohnungsbau“ als Ziel im Rahmen des Bühl-2025-Prozesses;
Vorstellung des Projektes „Vermittlung von privaten Wohnungen“

Frau Kiewitt, Stadtentwicklung, stellt das Projekt „Vermittlung von privaten Wohnungen“ vor.

Stadtrat Hirn bezeichnet das Projekt als eine gute Sache und erinnert an das seit 2005 bestehende Projekt der Stadt Karlsruhe.

Auf entsprechende Äußerung von Stadtrat Hirn antwortet Herr Eller, Stadtentwicklung – Bauen – Immobilien, dass hinsichtlich des Personals zunächst die Resonanz aus der Bevölkerung abgewartet wird.

Stadtrat Seifermann begrüßt, dass die Verwaltung dieses Konzept jetzt vorschlägt. Alles was dazu nützt Leerstand zu vermindern ist gut, und zwar im Interesse von Mietern und Vermietern.

Stadträtin Dr. Burget-Behm möchte den Beschlussvorschlag abändern und die personelle Aufstockung mit dem Erfolg des Projekts verknüpfen.

Oberbürgermeister Schnurr bestätigt Stadträtin Dr. Burget-Behm, dass die personelle Aufstockung nur bei entsprechender Nachfrage und Erfolg gedacht ist.

Stadtrat Prof. Dr. Ehinger begrüßt im Namen der FW-Fraktion die strukturierte Vorgehensweise zur Schaffung von Wohnraum und den Versuch das Karlsruher Modell auf Bühl zu übertragen.

Die Zustimmung der FDP-Fraktion signalisiert Stadtrat Jäckel. Er erklärt, dass privater Wohnraum besser vermittelt werden muss und dass dieses Projekt hierzu ein wichtiger Beitrag ist.

Stadtrat Löschner spricht die Überversorgung von Wohnraum bei manchen Menschen an, deren Kinder aus dem Haus sind. Er regt Hilfestellungen für Menschen an, die ihr Haus verlassen möchten, weil es zu groß geworden und die Pflege des Hauses nicht mehr möglich ist.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt das Projekt „Vermittlung von privaten Wohnungen“ und die Etablierung einer solchen Anlaufstelle in der Verwaltung. Sofern der personelle Aufwand durch eigenes Personal nicht mehr gedeckt werden kann, müssen weitere Ressourcen unter Prüfung des Mehraufwands im Stellenplan schnellstmöglich Berücksichtigung finden.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss (22 Ja-Stimmen)

TOP 11: Feststellung des Jahresabschlusses 2012 der Stadt Bühl

Beschluss:

Gemäß § 95 b der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg i.d.F. vom 24. Juli 2000 (GBl. 582), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19. Juni 2018 (GBl. S. 221) stellt der Gemeinderat den Jahresabschluss 2012 wie folgt fest und nimmt den Schlussbericht der Revision zum Jahresabschluss 2012 zur Kenntnis:

1.	Die **Einzahlungen des Ergebnishaushalts** betragen	70.304.021,08 €
	Die **Auszahlungen des Ergebnishaushalts** betragen	72.399.500,44 €
	Es ergibt sich ein Zahlungsmittelbedarf aus der Ergebnisrechnung	2.095.479,36 €
2.	Die **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit** betragen	2.116.468,30 €
	Die **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit** betragen	4.627.444,77 €
	Es ergibt sich ein Finanzierungsmittelbedarf von	2.510.976,47 €
3.	Der **Finanzierungsmittelüberschuss aus Finanzierungstätigkeit** beträgt	2.667.985,82 €
4.	Die **Haushaltsreste** zum Ende des Rechnungsjahres betragen	
	im Ergebnishaushalt Aufwendungen	237.048,01 €

im Finanzhaushalt	Auszahlungen	2.214.793,20 €

5. Die **Rückstellungen** für Unterhaltungsmaßnahmen zum Ende des Rechnungsjahres betragen 180.000,00 €

6. Der **Stand des Vermögens**

beträgt	am 01.01.2012	236.658.027,64 €
	am 31.12.2012	232.599.724,29 €

Der **Stand der Schulden**

beträgt	am 01.01.2012	7.480.305,66 €
	am 31.12.2012	10.148.291,48 €

7. Der Jahresabschluss 2012 wird gem. § 95 b Abs. 2 GemO ortsüblich bekannt gemacht und an sieben Tagen öffentlich ausgelegt.

8. Dem Regierungspräsidium Karlsruhe als Rechtsaufsichtsbehörde wird die Feststellung des Jahresabschlusses mitgeteilt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss (22 Ja-Stimmen)

<u>TOP 12: Feststellung des Jahresabschlusses 2013 der Stadt Bühl</u>

Beschluss:

Gemäß § 95 b der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg i.d.F. vom 24. Juli 2000 (GBl. 582), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19. Juni 2018 (GBl. S. 221) stellt der Gemeinderat den Jahresabschluss 2013 wie folgt fest und nimmt den Schlussbericht der Revision zum Jahresabschluss 2013 zur Kenntnis:

1. Die **Einzahlungen des Ergebnishaushalts** betragen 76.061.558,94 €
   Die **Auszahlungen des Ergebnishaushalts** betragen 60.049.252,25

   Es ergibt sich ein Zahlungsmittelüberschuss aus der Ergebnisrechnung 16.012.306,69 €

2. Die **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit** betragen 1.345.618,04 €
   Die **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit** betragen 6.572.371,36 €

   Es ergibt sich ein Finanzierungsmittelbedarf von 5.226.753,32 €

3. Der **Finanzierungsmittelüberschuss aus Finanzierungstätigkeit** beträgt 1.403.340,37 €

4. Die **Haushaltsreste** zum Ende des Rechnungsjahres betragen

im Ergebnishaushalt	Aufwendungen	435.931,91 €
im Finanzhaushalt	Auszahlungen	6.645.779,72 €

5. Die **Rückstellungen** für Unterhaltungsmaßnahmen zum Ende des Rechnungsjahres betragen 505.332,04 €

6. Der **Stand des Vermögens**

beträgt	am 01.01.2012	232.599.724,29 €
	am 31.12.2012	272.505.070,62 €

Der **Stand der Schulden**

beträgt	am 01.01.2012	10.148.291,48 €
	am 31.12.2012	11.551.631,85 €

7. Der Jahresabschluss 2013 wird gem. § 95 b Abs. 2 GemO ortsüblich bekannt gemacht und an sieben Tagen öffentlich ausgelegt.

8. Dem Regierungspräsidium Karlsruhe als Rechtsaufsichtsbehörde wird die Feststellung des Jahresabschlusses mitgeteilt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss (22 Ja-Stimmen)

TOP 13: Befreiung des Oberbürgermeisters vom Mehrfachvertretungsverbot nach § 181 BGB bei Grundstücksgeschäften

Herr Übelin, Grundstücksmanagement, erläutert, dass man nach § 181 BGB mit sich selbst keinen Vertrag schließen kann. Die neue Rechtsprechung hierzu besagt, dass es einen Beschluss des Gemeinderats bedarf, den Oberbürgermeister von dem Mehrfachvertretungsgebot zu befreien.

Beschluss:

Der Gemeinderat befreit den Oberbürgermeister vom Mehrfachvertretungsverbot nach § 181 BGB bei Grundstücksgeschäften und damit zusammenhängenden Rechtsgeschäften.

Der Gemeinderat stimmt der künftigen Ergänzung der Hauptsatzung im § 14 Abs. 2 Nr. 5 wie folgt zu. „Erwerb, Veräußerung, Tausch und dingliche Belastung von Grundeigentum oder entsprechenden Rechten im Wert von 30.000 Euro. Zur Abwicklung und zum Vollzug dieser Rechtsgeschäfte wird unabhängig von der betragsmäßigen Höhe des Rechtsgeschäftes Befreiung von den Beschränkungen des § 181 BGB erteilt.“

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss (22 Ja-Stimmen)

TOP 14: Berichte und Anfragen

Bekanntgaben des Oberbürgermeisters

Konzessionsvergabeverfahren

Breitbandversorgung
Oberbürgermeister Schnurr berichtet, dass der beschließende Ausschuss Konzessionsvergabeverfahren Strom und Gas sowie Breitbandnetz am 26.09.2018 dem Abschluss des Netzbetriebsvertrags für das Breitbandnetz mit der Bietergemeinschaft TelemaxX GmbH

(Karlsruhe) / Stadtwerke Bühl GmbH (Bühl) zugestimmt und die Verwaltung beauftragt hat, nach Ablauf der Fristen und Vorliegen der notwendigen Genehmigungen den Netzbetriebsvertrag abzuschließen.

Dieser wurde am vergangenen Montag von sämtlichen Partnern (Städte Bühl und Lichtenau, Gemeinden Rheinmünster und Seebach und Zweckverband Gewebepark mit Regionalflughafen Söllingen) im Baden-Airpark unterzeichnet. Der Vertrag hat eine Laufzeit bis zum 31.12.2033 (15 Jahre).

Strom und Gas
Oberbürgermeister Schnurr berichtet, dass der gleiche Ausschuss am 24.10.2018 im Konzessionsvergabeverfahren Strom und Gas folgenden ebenfalls wegweisenden Beschluss gefasst hat:

Die Verwaltung wird beauftragt, nach der Gesetzmäßigkeitsbestätigung bzw. Nichtbeanstandung durch die Kommunalaufsicht, den Gas-Konzessionsvertrag und den Strom-Konzessionsvertrag mit der Stadtwerke Bühl GmbH abzuschließen.

Das Regierungspräsidium Karlsruhe hat heute auf Anfrage mitgeteilt, dass von dort die Gesetzmäßigkeit bestätigt wird, die schriftliche Bestätigung an die Stadt wird heute zur Post gegeben.

Die beiden Verträge haben eine Laufzeit vom 01.01.2020 bis zum 31.12.2039 (20 Jahre).

Oberbürgermeister Schnurr dankt allen Beteiligten für ihren Einsatz in dieser Sache.

Hütte Waldgruppe Kindergarten Neusatz

Oberbürgermeister Schnurr antwortet auf entsprechende Nachfrage von Stadtrat Fallert, dass der Bauantrag gestellt ist und mit dem Regierungspräsidium abgestimmt ist. Er sagt Stadtrat Fallert eine Antwort seitens der Stabstelle Wirtschaftsförderung/Baurecht zu, wie lange das Verfahren noch dauert.

Schaeffler

Stadtrat Jäckel fragt aufgrund der aktuellen finanziellen Prognosen der Firma Schaeffler nach den Auswirkungen auf die Finanzplanung der Stadt Bühl.

Laut Frau Balaskas, Finanzen, werden die Gewinnwarnungen verfolgt. In Bezug auf die Gewerbesteuer sind keine Warnungen eingegangen. Die Auswirkungen auf die Gewerbesteuer sollten sich in Grenzen halten, da solche Maßnahmen in der Regel ergriffen werden, um den planmäßigen Gewinn zu erreichen.

Mediathek

Stadtrat Jäckel berichtet von einer Anfrage des Künstlers Jan von Holleben in der Mediathek, bezüglich der Durchführung eines Workshops, auf die er keine Rückmeldung erhalten hat.

Oberbürgermeister Schnurr sagt Stadtrat Jäckel zu, dieser Sache nachzugehen und ihm und Herrn von Holleben zu antworten.

Bürgerbeteiligung Campus

Stadtrat Jäckel äußert sich kritisch über Bemerkungen und Vorwürfe in den letzten Tagen im Zusammenhang mit der Bürgerbeteiligung Campus.

Alban Stolz

Stadträtin Becker berichtet von Schülern, die sie in Zusammenhang mit der Gedenkveranstaltung zur Reichspogromnacht nach dem Sachstand „Alban Stolz“ gefragt haben.

Oberbürgermeister Schnurr berichtet, dass das Thema auf der Tagesordnung der nächsten Fraktionsvorsitzendenrunde steht und die angekündigte öffentliche Veranstaltung dann terminiert wird.

Notarzt am Klinikum Mittelbaden

Stadträtin Dr. Burget-Behm formuliert Fragen aufgrund Fahrten des Notarztes bis nach Lörrach in letzter Zeit und bittet Herrn Oberbürgermeister Schnurr, diese durch Verantwortliche des Klinikum Mittelbaden und der Rettungsleitstelle dem Gemeinderat beantworten zu lassen.

Oberbürgermeister Schnurr sagt Stadträtin Dr. Burget-Behm zu, Vertreter des Klinikum Mittelbaden und der Rettungsleitstelle in eine der nächsten Sitzungen einzuladen, um die derzeit aufkommenden Fragen bezüglich der notärztlichen Versorgung zu beantworten. Er bittet um die formulierten Fragen, damit sich die Verantwortlichen auf das Gespräch vorbereiten können.

Naturschutzgebiet Waldhägenich

Auf entsprechende Nachfrage von Stadtrat Zeller sagt Oberbürgermeister Schnurr zu, das Aufstellen von Sitzbänken für Erholungssuchende im Naturschutzgebiet zu prüfen.

Gedenkveranstaltung zur Reichspogromnacht

Stadtrat Jäckel lobt die gelungene Gedenkveranstaltung, besonders den Beitrag der Schülerinnen und Schüler des Windeck-Gymnasiums.

Zur Beglaubigung:

Der Oberbürgermeister: Die Stadträte/innen:

Hubert Schnurr

Der Schriftführer:

Marc Vollmer